# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen größeren Bahnhöfen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690 / Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 27. März 1930 — Nummer 73


# Weitere rote Erfolge in Sachsen

## Festigt die rote Betriebsfront! — Verstärkt die revolutionäre Massenarbeit unter den parteilosen und SPD-Arbeitern!

Dresden, den 27. März.

In der über 1000 Mann starken Dresdner Zigarettenfabrik Reemtsma, Werk Jasmatzi, errang die rote Liste einen außerordentlich starken Erfolg. Während dem letzten Betriebsrat 6 oppositionelle und 4 reformistische Betriebsräte angehörten, besteht der jetzt gewählte Betriebsrat aus 8 oppositionellen Arbeitern und Arbeiterinnen und nur einem Reformisten.

Bei der Betriebsratswahl bei Lickroth u. Leinbrock, Dresden-Niedersedlitz, erhielt die Opposition 61, die Reformisten 87 Stimmen. Jede Liste erhält drei Sitze. Während die Opposition einen Sitz gewinnt, verlieren die Reformisten zwei.

Bei Höntsch, Niedersedlitz, erhielten die Reformisten 170, die Opposition 51 Stimmen. Zum erstenmal wurde eine rote Liste aufgestellt. Der Spitzenkandidat der Opposition war entlassen, ganze Abteilungen, wo die Opposition stark vertreten, wurden vor der Wahl stillgelegt.

Bei den Wahlen im Elektrizitätswerk Dresden-Neustadt erhielt die Opposition 78, die Reformisten 121 Stimmen. Dieser Betrieb war bisher eine Hochburg der SPD und im letzten Betriebsrat kein Oppositioneller vertreten.

Waggonfabrik Bautzen: Opposition 208 Stimmen, Reformisten 559, Opposition 3 Betriebsräte, Reformisten 8. Die Wahl wurde von den Reformisten hinausgeschoben.

### Unser Vormarsch im übrigen Sachsen

Leipzig, 27. März. (Eigene Meldung.)

Die Betriebsratswahl in der Gießerei Hartwig, Bohlitz-Ehrenberg, ergab einen Sieg der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Es wurden 6 rote Kandidaten gewählt. Im Vorjahr war das Verhältnis im Betriebsrat 5 KPD und 1 SPD.

Bei Stöhr & Co in Leipzig erhielt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition 832 Stimmen, die Reformisten 984. Der einzige kommunistische Betriebsrat im vergangenen Jahr und Spitzenkandidat der Opposition war hier mit Hilfe der Sozialfaschisten gemaßregelt worden. Außerdem duldeten die Reformisten keine Kontrolle bei der Auszählung der Stimmen. Der Erfolg der Opposition ist hier also sehr groß.

Bei Kirchner in Leipzig war das Ergebnis: 209 für die Opposition, 326 für die Reformisten.

Im Kugellager gilt die rote Liste als gewählt.

Im Zieh- und Walzwerk Leutzsch wurden zwei KPD- und drei parteilose Betriebsräte gewählt.

In der Städtischen Schlesienreinigung in Leipzig erhielten die Opposition 68 Stimmen, die Reformisten 67 Stimmen.

Im Lugau-Oelsnitzer Bergbaugebiet stellen die Betriebsrätewahlen einen stürmischen Vormarsch der revolutionären Opposition dar. Auf den Schächten Augusta und Gotteshilfe erhielten die roten Listen 696, die Sozialfaschisten 891 Stimmen. Die Opposition bekommt 5 Betriebsräte, die Sozialfaschisten 7. Seit 1925 ziehen zum erstenmal wieder oppositionelle in den Betriebsrat ein.

Auf Deutschland erhielten die revolutionäre Opposition 878, die Reformisten 586 und die Christen 126 Stimmen.

Die Gemeindearbeiter in Oelsnitz wählten drei rote und zwei reformistische Betriebsräte.

### Roter Sieg auf der größten deutschen Werft

Hamburg, den 27. März.

Bei den gestern stattgefundenen Betriebsratswahlen auf der größten deutschen Werft Blohm u. Voß, Hamburg, erhielt die Opposition 3244 Stimmen (13 Mandate), die Reformisten 3059 (11), die Christen 227 (1). Die Opposition besitzt also im Arbeiterrat die absolute Mehrheit.

## Arbeiter von Seidel & Naumann wählt morgen rot! Die Liste 2

# Rote Zechen im Ruhrgebiet!

## Machtvolles Anwachsen der Opposition / Vernichtende Niederlage der Reformisten

Essen, 27. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die bisherigen Ergebnisse der Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau zeigen einen stürmischen Vormarsch der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die Reformisten erhielten zum Teil eine vernichtende Niederlage. Die Opposition hat nicht nur in mehr als 100 Großbetrieben außerordentliche Erfolge beim erstmaligen Auftreten erzielt, sondern sie verwandelte sich auf zahlreichen Zechen aus der Minderheit in die Mehrheit gegenüber den Reformisten und tritt fast überall auf deren bisherigen Hochburgen durch neuen großen Zumachs siegreich auf. Auf den Zechen Ickers u. Co. 4–5, Concordia 2–3, Christen, Fürst Leopold, Wilhelmine-Viktoria 1–4, Carolus Magnus, Karl Funke, Recklinghausen 2, Brassert, Zollverein 1–2, Thyssen 3–7 hat sich die Opposition aus der bisherigen Minderheit gegenüber den Reformisten in Mehrheiten verwandelt. Die Christen haben in einzelnen Fällen größere, in anderen geringe Gewinne erzielt. Auf Ickers u. Co. 1–2 erhielt die Opposition 644 Stimmen (345), die Reformisten 345 Stimmen (592), auf König Ludwig 4–5 erhielt die Opposition 690 Stimmen (240), die Reformisten 377 Stimmen (604); bei Brassert erhielt die Opposition 892 Stimmen (453), die Reformisten 438 Stimmen (693); bei Carolus Magnus erhielt die Opposition 402 Stimmen (274), die Reformisten 377 Stimmen (508); auf Thyssen, Hamborn, erhielt die Opposition 1586 Stimmen (1203), die Reformisten 971 (1319), die Hirsch-Dunckerschen 42 (58), die Christen 207 (285); bei Prosper 3, Botropp, erhielt die Opposition 920 Stimmen (755) und fünf Betriebsräte, die Christen 854 Stimmen (794) und fünf Betriebsräte, die Reformisten 359 Stimmen (531) und zwei Betriebsräte; bei Arnsberg, Fortsetzung Botropp, erhielt die Opposition 1263 Stimmen (944), die Reformisten 248 Stimmen (499); auf der Schachtanlage Lohberg-Dinslaken erhielt die Opposition 882 Stimmen (681), die Reformisten 262 Stimmen (340). Im größten Metallbetrieb in Hamborn, in der August-Thyssen-Hütte, erhielt die Opposition 2604 Stimmen (2110), die Reformisten 2796 Stimmen (3227), die Christen 1475 Stimmen (1321), die Liste der Jubilare 519 Stimmen (399), die Faschisten 324 Stimmen (426). In den Kupferwerken Lünen beim ersten Auftreten der roten Liste erhielten diese sieben Arbeiterräte. Auf der Zeche Minister Stein erhielt die Opposition 617 Stimmen und Bleckische-Heide erhielt die Opposition 617 Stimmen und fünf Betriebsräte und einen Ergänzungsmann, die Reformisten 431 Stimmen und vier Betriebsräte, die Christen 143 Stimmen und einen Betriebsrat, die Hirsch-Dunckerschen 72 Stimmen, die Gelben 490 Stimmen.

## 1,5 Millionen Dauererwerbslose

**Amtlicher Optimismus — ein Massenbetrug!**

Bei dem Voranschlag der Reichsanstalt für 1930 werden durchschnittlich 1,2 Millionen Dauererwerbslose geschätzt und daran die Bemerkung geknüpft, daß es möglich ist, die Zahl um 75000 erhöhen zu müssen. Diese Mitteilung beweist, welch eine riesige Armee hungern muß, wenn die Ausbeuter leben sollen. In Wirklichkeit ist diese Schätzung viel zu niedrig, weil die Reichsanstalt nur die Erwerbslosen schätzt, die unterstützt werden. Die übrigen zählen nichts in Hermann Müllers Republik, und Severing hat die Aufgabe übernommen, sie mit dem Republikschutzgesetz zu „beruhigen".

## Die unendliche Steuerschraube

**Auch freie Berufe zahlen jetzt in Preußen Gewerbesteuer**

TU. Berlin. Der Preußische Landtag stimmte am Mittwoch in zweiter Beratung der Vorlage über die Gewerbesteuerverlängerung nach den Ausschußbeschlüssen zu, die bekanntlich die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer vorsehen. Der deutschnationale Antrag auf Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrages wurde entgegen dem Wunsche der Antragsteller auf sofortige namentliche Abstimmung der Ausschußberatung überwiesen.

Die SPD bemüht sich wirklich ernsthaft, die breiten Massen zu schröpfen, so weit es geht, um den Trustmagnaten die „Lasten" abzunehmen. Die Werktätigen können an diesem neuen Schandstreich erkennen, daß die SPD der gefährlichste Feind des Volkes ist.

In einer thüringischen Kabinettssitzung wurde beschlossen, die Entsendung eines Reichskommissars zur Untersuchung der Differenzen mit dem Reichskabinett abzulehnen. Frick zeigt Severing die kalte Schulter und beweist, daß die Faschisten das Geschrei der „Linken" über die Verletzung der Reichsverfassung nicht ernst nehmen.

## Nicht irremachen lassen!

**Die sächsische SPD-Presse zur kommunistischen Selbstkritik.**

Dresden, den 27. März.

Der Youngplan schien vielen, nicht zuletzt den sozialdemokratischen Arbeitern bis zur Haager Konferenz ein leerer und wenigstens unklarer Begriff zu sein, ihn als einen Sklavenpakt für das deutsche Proletariat zu deklarieren, schien eine „üble kommunistische Agitationsparole, diktiert von Moskauer Staatsinteressen". Denn die SPD-Arbeiter lasen ihre Presse und sie schrieb von „Befriedung und weitgehender Liquidation der Versailler Irrungen".

So war's auch mit dem Dawesplan. Als damals im Jahre 1924 in der SPD-Presse das Bildchen mit der lachenden Dollarsonne erschien, wuchsen die Illusionen unter dem strahlenden Glanz dieser Sonne wie Pilze aus der Erde. Erst die Nationalisierung, als der hervorstechendsten sozialen Begleiterscheinung der „relativen Stabilisierung des deutschen Kapitalismus", räumte mit allen Illusionen auf. Unsere Agitation gegen den Dawesplan, die den ideologischen Boden gelockert hatte, rief in dem Augenblick in der deutschen Arbeiterschaft ein wachsendes Echo wach, als der Dawesplan sein innerpolitisches Janusgesicht zeigte.

Ungleich schneller, weil das Gefüge des deutschen Kapitalismus weit krisenhafter als damals, entlarvt sich heute der Youngplan. Die Argumentation der SPD-Presse, daß dieser Haager Befriedungspakt auch dem deutschen Proletariat den lichten Weg in die Zukunft öffne, ist schon arg durchlöchert. Die Möglichkeiten für uns, die Massen zum praktischen Kampf gegen den Youngplan zu führen, alle Illusionen zu zerstören, als sei das Klasseninteresse des deutschen Proletariats mit dem des kapitalistischen Youngdeutschland verknüpft, sind schon heute gegeben — ein paar Wochen nach Annahme des Youngplans. Auch das geringe Absinken der Erwerbslosenziffer, Kreditflüssigkeit, Hereinnahme neuer Anleihen, Ansteigen der deutschen Aktienkurse an den ausländischen Börsen, Erscheinungen, die geeignet sein könnten, bei den Arbeitern neue Illusionen zu wecken, werden schnell und gründlich auf ihren wahren Inhalt zurückgeführt.

Die Gesetzesmaschine arbeitet fieberhaft. Die innerpolitische Durchführung des Youngplans treibt die Klassengegensätze zur Spitze. Vor zirka acht Tagen wurde Severings Zuchthausgesetz verabschiedet, vorgestern ein Zollbudget für die Junker in Höhe von 1370 Millionen Mark, ein Finanz- und Steuerprogramm liegt gegenwärtig zur Verabschiedung, das an reaktionärem Charakter alle bürgerlichen Haushaltpläne der Bürgerblockära in den Schatten stellt. Es erfolgt keine Kündigung der Hungertarife, aber Ausbeutung und Versklavung in den Betrieben verschärft sich ruckartig. Die latente Regierungskrise, der Versuch der Parteien mit Arbeitergefolgschaft, die Befehle des Finanzkapitals durchzuführen und dennoch vor den Massen das „Gesicht zu wahren", diese Manöver und Gegensätze im Lager des Klassenfeindes sind der sicherste Kompaß für die wachsende Krise in Youngdeutschland.

Natürlich fühlt auch der sozialdemokratische Arbeiter die Geißel Youngdeutschlands. Auch ihn trifft sie. Sein Glaube an die Wunderkraft der sozialfaschistischen Führung schwindet in raschem Maße oder wird wenigstens unterhöhlt von einer zunehmenden Erbitterung gegen die Koalitionspolitik. In diesem Augenblick machen die „linken" sozialfaschistischen Führer alle Anstrengungen, das wachsende Klassenbewußtsein der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu lähmen und zu verwirren, versuchen sie, den Arbeiter zu verhindern, richtige Folgerungen zu ziehen. Die Phraseologie der „linken" sächsischen Presse ist gegenwärtig maßlos, aber, und das ist entscheidend, ebenso kurzlebig. Und hier müssen wir ansetzen.

Noch vor einigen Monaten lief die „linke" SPD-Presse Sturm gegen das Republikschutzgesetz. Im Reichstag stimmten sämtliche „linken" Abgeordneten dafür. Noch vor wenigen Tagen wurde zum Kampf gegen das beabsichtigte Milliardengeschenk an die ostelbischen Junker aufgerufen. Im Reichstag stimmten die „linken" Abgeordneten dem Zollgesetz restlos zu. Auf den am Sonntag stattgefundenen Bezirksparteitagen der sächsischen SPD in Chemnitz und Zwickau wurde „Abbau aller hohen Gehälter und Beseitigung aller Staatspensionen" verlangt. Im Reichstag erhöhen die „linken" Abgeordneten die Ministergehälter um Zehntausende Mark. Auf den gleichen Parteitagen wird in Entschließungen „Verminderung des Arbeitslosenheeres und Einführung des Siebenstundentages" gefordert. Zu gleicher Zeit werden seitens der sozialdemokratischen Bürokratie die Hungertarife weiterhin verlängert, werden keine Lohn- und Arbeitszeitforderungen gestellt, wird kein Kampf organisiert. In der sächsischen SPD-